

Kurzanalyse

4 / August 2019

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Das Nuklearabkommen mit dem Iran und die Kriegsgefahr am Persischen Golf

Heinz Gärtner



Zusammenfassung

Diese Kurzanalyse beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen den USA und dem Iran, insbesondere hinsichtlich des Nuklearabkommens Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). Die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran gelten als historisch kompliziert. Seit der Islamischen Revolution im Jahr 1980 sind diese besonders angespannt. Diese Anspannungen gipfelten in den Auseinandersetzungen um das iranische Nuklearprogramm in den frühen 2000er-Jahren, jedoch kam es während der Präsidentschaft Barack Obamas zu einer historischen Annäherung, welche im 2015 unterzeichneten Nuklearabkommen JCPOA gipfelten. In diesem verpflichtet sich der Iran, sein Nuklearprogramm nur zu friedlichen Zwecken zu nutzen. Es gilt als das am besten ausgehandelte Rüstungsabkommen der Geschichte. Die Annäherung fand jedoch während der Präsidentschaft Donald Trumps ein abruptes Ende. Die USA kündigten das Nuklearabkommen auf und die Spannungen nahmen wieder zu. Doch es geht den USA nicht nur darum, das iranische Atomprogramm zu kontrollieren, sondern den Einfluss des Irans im Mittleren Osten zurückzudrängen. Durch die von den USA verhängten Sanktionen, die von der EU mitgetragen wurden, verschärfte sich die ökonomische Lage im Iran zusätzlich. Der Autor gibt in diesem Papier einen detaillierten Überblick über diese Entwicklungen und beschreibt Szenarien, welche eine weitere Eskalation verhindern können.

Keywords:

USA, Iran, Nuklearabkommen, Naher Osten, Trump

Autor

Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und der Donau-Universität-Krems. Er ist Vorsitzender des Beirates Strategie und Sicherheit der Wissenschaftskommission des Österreichischen Bundesheeres und Forscher und Beiratsmitglied des International Institute for Peace in Wien. Bis Ende 2016 war Heinz Gärtner wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip). Heinz Gärtner ist (gemeinsam mit Mitra Shahmoradi) Herausgeber des im Jänner 2020 bei Routledge erscheinenden Buches „Iran in the International System – Iran Between Great Powers and Great Ideas“. Der Autor absolvierte im August 2019 einen mehrwöchigen Forschungsaufenthalt im Iran.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2019

Die Politik des US-Präsidenten Donald Trump im Mittleren Osten konzentriert sich auf den Iran. Dieser soll in der Region so weit wie möglich zurückgedrängt werden. Dazu dienen Sanktionen, um Irans Wirtschaft zu schwächen, wenn diese nicht ausreichen, werden letztendlich militärische Mittel überlegt. Der US-Präsident stieg im Mai 2018 aus dem 2015 in Wien von den 5 plus 1¹ angenommenen Nuklearabkommen mit dem Iran (JCPOA²) aus. Der Iran wird als Hauptursache für einen instabilen Mittleren Osten dämonisiert. Zwischenfälle am Persischen Golf werden zum Anlass genommen, den Truppenaufmarsch in der Region zu verstärken.

Die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran waren nie spannungsfrei

Die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran waren nie frei von Spannungen. Im 19. Jahrhundert war der Iran zwischen den beiden Besatzungsmächten, dem zaristischen Russland und dem Britischen Imperium, gefangen. Eine unabhängige Außen- und Wirtschaftspolitik des Iran war kaum möglich. 1906 kam es zu einer Verfassungsrevolution, nach der der Iran sein erstes Parlament bekam; Grundrechte und Gewaltenteilung wurden eingeführt. 1908 schaltete Mohammed Ali Schah auf Druck der Besatzungsmächte das Parlament aus. Der Iran suchte seit Mitte des 19. Jahrhunderts Hilfe bei den USA, wurde aber enttäuscht. Die USA benützten den Iran, um den eigenen Einfluss in der Region zu sichern und den Iran in Abhängigkeit zu halten. Die Iraner starteten einen weiteren Versuch, selbständige Entscheidungen zu treffen und wählten 1951 demokratisch Mohammad Mossadegh zum

Präsidenten. Dieser wurde aber 1953 mit Hilfe US-amerikanischer und britischer Nachrichtendienste gestürzt und Shah Reza Pahlavi wieder installiert. Die USA förderten die Entwicklung friedlicher Nukleartechnologie. Der Schah verweigerte aber die Kontrolle des Nuklearprogramms, die über den Atomaffensperrvertrag von 1969 hinausging. 1979 kam es zur iranischen Revolution und der Schah musste ins Exil gehen. Es folgte darauf die Geiselnahme von 53 amerikanischen Botschaftsangehörigen für 444 Tage, was die USA bis heute als Ursache für die schlechten Beziehungen mit dem Iran angeben. In den 1980er Jahren unterstützten die USA dann den Irak im Krieg gegen den Iran. Im Verlauf der Kriegshandlungen schossen die USA 1988 ein iranisches Zivilflugzeug ab, wobei 290 Passagiere getötet wurden und wofür sich die USA nie entschuldigt haben. Unter den Präsidenten Clinton und Khatami gab es in den 1990er Jahren einen Annäherungsversuch des Iran an die USA. Auch 2001 und 2003 bot der Iran Gespräche über das Vorgehen gegen Taliban und Al Qaida, aber auch über das Nuklearprogramm an, wurde aber von US-Präsident George W. Bush zurückgewiesen. Dieser verortete den Iran 2002 auf der „Achse des Bösen“, die jene Staaten umfasste, die die USA nach 9/11 als feindlich ansah. Der Iran betonte sein Recht auf Urananreicherung, worin die USA ein geheimes Nuklearwaffenprogramm sahen. 2007 stellten 16 US-Nachrichtendienste („National Intelligence Estimate“) fest, dass der Iran nach 2003 ein derartiges Programm nicht aktiv verfolgt habe, was von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) 2015 bestätigt wurde. Präsident Obama verschärfte die Sanktionen 2009 und die Republikaner drängten auf Militärintervention. 2012 forderten zwei Resolutionen des Repräsentantenhauses, dass die „vitalen Interessen der USA“ im Iran mit Gewalt geschützt werden müssen. Im Senat fand eine ähnliche Resolution keine Mehrheit. Die USA und die EU verhängten 2012 zusätzliche Sank-

¹ Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates: Frankreich, Großbritannien, Russland, Deutschland und die USA

² Joint Comprehensive Plan of Action

tionen auf Ölexporte und die iranische Zentralbank. Der Iran drohte, die Straße von Hormus zu blockieren und die USA erhöhten ihre Militärpräsenz im Persischen Golf. Im Iran wurden Nuklearwissenschaftler ermordet und der Computerwurm „Stuxnet“ wurde von den USA und Israel in die Nuklearanlagen des Iran eingeschleust. Der israelische Premier Netanyahu drängte bei seinem Besuch im Washington 2012 auf eine Militärintervention und sprach von einer 50 prozentigen Chance, dass Israel den Iran angreift. Es spitzte sich auf die Alternative Krieg oder Bombe zu. 2012 wurden Gespräche der EU 3+3 (Frankreich, Großbritannien, Deutschland und China, Russland, mit den USA als Beobachter) mit dem Iran wieder aufgenommen. 2011 gab es schon Geheimtreffen der USA mit dem Iran im Oman. Nach dem provisorischen Aktionsplan 2014 der P 5+1 (fünf Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland), wurde am 14. Juli 2015 das Wiener Abkommen Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) unterzeichnet. Die republikanische Mehrheit im US-Kongress wollte das Abkommen verhindern. Es gab jedoch keine Mehrheit von 60 Senatoren innerhalb von 60 Tagen, um das Übereinkommen im Rahmen des „Iran Nuclear Agreement Act“ zu Fall zu bringen.

Das beste Rüstungskontrollabkommen der Geschichte

Im Sommer 2015 hatte man sich in Wien auf das Abkommen der fünf Mitglieder des Sicherheitsrates und Deutschland mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action - JCPOA) geeinigt, dass das Nuklearprogramm des Iran so beschränkte, dass es nur mehr zu friedlichen Zwecken verwendet werden kann. Es ist mit 164 Seiten das am besten ausgehandelte Rüstungskontrollabkommen der Geschichte. Im Gegensatz zu den üblichen Medienberichten hat dieses Abkommen kein Ablaufdatum,

denn der Iran verpflichtet sich darin, niemals Nuklearwaffen zu erwerben. Die umfassenden Inspektionsvorkehrungen sind ebenfalls permanent. Einige technische Beschränkungen laufen nach zehn bis dreißig Jahren ab, wie das bei jedem Rüstungskontrollabkommen der Fall ist. Der Iran hielt sich peinlich genau an das Abkommen, was auch 15 Mal von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien bestätigt wurde, die anderen Unterzeichnerstaaten ebenso.

US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump kündigte bereits im Wahlkampf 2016 an, dass er das Abkommen „in Stücke reißen“ würde, weil es „der schlechteste Deal überhaupt“ sei. Seit der nunmehrige Präsident Trump im Mai 2018 aus dem Abkommen ausstieg, steigt die Kriegsgefahr am Persischen Golf. Die USA verletzten mit ihrem Rückzug nicht nur das Abkommen, sondern auch das Völkerrecht. Dieses Abkommen ist völkerrechtlich verpflichtend, da es auf einer Resolution des UN-Sicherheitsrates (2231 von 2015) beruht. Mit der Aufkündigung des JCPOA setzte Trump, dem multilaterale Abkommen ohnehin verdächtig sind, nicht nur ein Wahlversprechen um, sondern er löschte auch ein wichtiges Vermächtnis seines Vorgängers Barack Obama aus.

Bedingungen für eine Kapitulation

US-Außenminister Mike Pompeo stellte im Mai 2018 dem Iran zwölf Bedingungen für Verhandlungen über ein neues Abkommen. Unter anderem sollte er die Urananreicherung völlig einstellen, obwohl ihm durch das Abkommen vier Prozent zugestanden worden waren. Der Iran müsste zudem alle seine Militäranlagen, nicht nur die nuklearen, für Inspektionen öffnen. Er müsste sein „Verhalten“ in der Region insgesamt ändern und jegliche Unterstützung der libanesischen Hisbollah, die in Syrien gegen den IS kämpfte, und anderer

Milizen sowie sein Nuklearprogramm völlig einstellen. Grundlage für diese Bedingungen war ein „playbook“ von John Bolton aus dem Jahre 2017, als er noch nicht Sicherheitsberater der Trump-Regierung war. Darin werden die Schritte genannt, wie der Iran eingeschnürt werden kann. Letztlich wird darin vorgeschlagen: „Mit Israel und anderen Ausgewählten werden wir die Militäroptionen besprechen.“³

Der Iran kann diese Bedingungen nicht akzeptieren. Kein Land der Welt würde alle seine Militäranlagen für ausländische Untersuchungen öffnen. Eine derartige Vorkehrung ist auch in keinem Rüstungskontrollabkommen vorhanden. Diese Forderung ist ein ferner Spiegel des Ultimatums, das die österreichische Monarchie an Serbien nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand am Vorabend des Ersten Weltkriegs im Juli 1914 stellte. Es verlangte die Öffnung des gesamten serbischen Territoriums für die Suche nach den Attentätern, die einzige Bedingung, die Serbien nicht akzeptierte.

Zudem sieht der Iran die von den USA als feindlich eingestufte libanesische Hisbollah und andere Milizen als zweite Linie der Verteidigung, nachdem sein konventionelles Militär relativ schwach ist. Was Irans Raketenprogramm betrifft, argumentiert der Iran, dass er schon einmal nach dem Angriff des Irak in den 1980er Jahren ohne ausreichende Verteidigung geblieben war. Außerdem hätten die Raketen Saudi Arabiens eine größere Reichweite als die des Iran. Irans Verteidigungsausgaben belaufen sich auf zehn Milliarden US-Dollar, die von Saudi Arabien auf 80 Milliarden US-Dollar. Ebenso wäre die Terrororganisation Islamischer Staat (IS), die schon einige Anschläge im Iran verübt hatte, wahrscheinlich ohne diese Verteidigungslinie bereits auf ira-

nisches Territorium vorgedrungen. Trump und Netanjahu kritisierten das JCPOA, weil es „politisches Verhalten“ des Iran nicht berücksichtigt, wie es Pompeo und Bolton formuliert haben. Es gibt aber kein Rüstungskontrollabkommen, das dieses miteinbezieht; „Verhalten“ ist eine Frage der Interpretation. Würde „Verhalten“ einbezogen, hätte es kein Rüstungskontrollabkommen zwischen der Sowjetunion und den USA während des Ost-West-Konfliktes gegeben.

Obwohl Präsident Trump und Außenminister Pompeo gelegentlich Verhandlungen ohne Vor-Bedingungen angeboten haben, so ist es wahrscheinlich, dass die Bedingungen, die die Administration schon im Mai 2018 gestellt hatte, bei Verhandlungen wieder gestellt würden. Diese Bedingungen zeigen, dass es längst nicht mehr um Irans Nuklearprogramm geht, sondern um den Einfluss des Iran in der Region und die dadurch verursachte Einschränkung des US-Einflusses. Die Nuklearstrategie der USA macht dies deutlich:

„Iran sieht den Einfluss der USA im Mittleren Osten als die allererste Bedrohung des iranischen Ziels, selbst die dominante regionale Macht aufzubauen. Iran ist bestrebt, seinen Einfluss über die Nachbarstaaten zu vergrößern und den der USA einzuschränken. Dieses Ziel bedroht die Verbündeten und Partner der USA, und Irans Verteidigungspolitik, Strategie und Streitkräftestruktur deuten auf einen Versuch hin, sich einen militärischen Vorteil zu verschaffen.“⁴

Pompeos und Boltons Bedingungen haben drei Ziele: das Nuklearprogramm des Iran zu eliminieren, Irans Einfluss in der Region zu eindämmen und letztlich das Regime zu stürzen. Für letzteres spricht auch, dass die

³ John R. Bolton, How to Get Out of the Iran Nuclear Deal, *National Review*, August 28, 2017.

⁴ Office of the Secretary of Defense, *Nuclear Posture Review*, February 2018.

<https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF>

USA im August 2019 den iranischen Außenminister Javad Zarif mit der Begründung mit Sanktionen belegt haben, dass er im Sinne des obersten Führers des Iran handle und das Gesicht dieses Regimes darstelle. Da im iranischen politischen System der oberste Führer immer die letzte Instanz ist, bedeutet diese Begründung, dass die USA eben dieses politische System in Frage stellen. Sicherheitsberater John Bolton hat dieses System mehrmals als „illegitim“ bezeichnet. Alle drei Ziele können letztlich nur durch Krieg erreicht werden.

Zündschnur zum Krieg

Die Regierung Trump verhängte daraufhin eine Reihe von neuen Sanktionen über den Iran und verlegte immer mehr Schlachtschiffe und Truppen in den Persischen Golf, obwohl der Iran das Abkommen im Gegensatz zu den USA nicht verletzt hatte. Der Iran wird als Hauptursache eines instabilen Mittleren Ostens dämonisiert. Mitglieder und Berater der Administration trafen sich öfters mit den Volksmudschahedin (MEK), einer Terrororganisation, die den gewaltsamen Umsturz des iranischen Systems zum Ziel hat, und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass wirtschaftliche Sanktionen zu inneren Aufständen führen würden.

Allerdings hat die iranische Wirtschaft über die 40 Jahre seit der Revolution 1979 eine starke Resilienz entwickelt, sodass eine derartige Entwicklung nicht in Sicht ist. Was die innere Kaufkraft betrifft, so liegt der Iran immer noch weltweit an 18. Stelle.⁵ Sichtbar ist das durch relativ volle Geschäfte, Märkte und Restaurants.⁶ Anzeichen eines Aufstands sind nicht bemerkbar. Allerdings verlor die iranische Wirtschaft seit den neuerlichen US-

Sanktionen um 25 Prozent, und das stagnierende Wirtschaftswachstum läge ohne Sanktionen bei 7-8 Prozent. Faktisch alle großen Unternehmen haben sich aus dem Iran zurückgezogen, weil sie Angst vor den Sanktionen haben, die die USA auf Länder verhängen, die mit den Iran Wirtschaftsbeziehungen haben. Die europäischen Länder wollen ihr Geschäft mit den USA nicht verlieren. Somit brach der Handel der EU mit dem Iran zu Beginn des Jahres 2019 um 70 Prozent ein.

Die europäischen Parteien des Abkommens (Frankreich, Großbritannien, Deutschland) schufen einen Mechanismus INSTEX (Instrument for Supporting Trade Exchanges) zur Aufrechterhaltung des Handels mit dem Iran trotz der US-Sanktionen. Dieser musste sich jedoch auf humanitäre und medizinische Produkte beschränken.

Die europäischen Staaten sind nicht in der Lage, den Verlust, den der Iran durch die US-Sanktionen erlitt, zu kompensieren, wie der Iran das erwartete. Als Reaktion begann der Iran, die Begrenzungen im Abkommen langsam zu überschreiten. Derartige Maßnahmen eines Partners sind im Abkommen erlaubt, wenn sich andere Partner nicht daran halten (Artikel 26, 36). Es ist ein Paradox, dass US-Präsident Trump und Israels Premierminister Netanyahu dem Iran die Verletzung des Abkommens vorwarfen, nachdem sie es als das „schlechteste aller Zeiten“ bezeichnet und die USA sich daraus zurückgezogen hatten.

Schrittweise verschärften die USA unter Trump ihre Haltung gegenüber dem Iran. Ähnlich hatte sich die Politik von Präsident George W. auf den Irak konzentriert, was sich als dramatischer Fehler herausgestellt hat. Das Nuklearabkommen und das Nuklearprogramm des Iran erscheinen ebenso als Vorwand wie die Existenz von Massenvernichtungswaffen vor der US-Intervention der USA im Irak 2003. Mit seiner Dämonisierung Teherans hat Trump

⁵

<https://www.indexmundi.com/g/r.aspx?t=20&v=65>

⁶ Besuch des Autors im Iran im August 2019.

das Fundament gelegt, auf dem ein neuer Krieg entstehen kann.

Wie in allen Vorkriegszeiten häuften sich Zwischenfälle, wie Anschläge auf Schiffe im Persischen Golf oder deren Beschlagnahme. Derartige Ereignisse im Golf werden zum Anlass genommen, den Truppenaufmarsch der USA und auch Großbritanniens in der Region zu verstärken. Die Forderung der USA, eine Militärmission zum „Schutz“ der Seewege im Persischen Golf aufzustellen, an der sich auch die Europäer beteiligen sollen, erscheint mehr als Embargo oder Blockade des Irans. Derartige Maßnahmen haben in der Geschichte immer wieder das Kriegsrisiko erhöht, wie etwa in der Berlin- und der Kubakrise von 1948 und 1963. Dasselbe gilt für militärische Zwischenfälle, die real, hoch- oder heruntergespielt oder gar konstruiert sein können. Ein Beispiel für einen realen Zwischenfall ist der Angriff des US-Kriegsschiffs „Vincennes“ auf ein iranisches Flugzeug im Jahr 1988. Dieser ereignete sich nach dem Eintritt der USA in den Krieg zwischen Iran und Irak; letzterer wurde von den USA unterstützt. Das US-Schiff befand sich in iranischen Gewässern. Der Airbus 300 wurde laut Angaben der US-Navy mit einer F-14 verwechselt. Von den 290 Insassen überlebte keiner. Ein Beispiel für einen konstruierten Zwischenfall war der angebliche Beschuss eines amerikanischen Schlachtschiffes durch ein nordvietnamesisches Schnellboot im Golf von Tonkin im Jahre 1964. Es hat lediglich eine unbedeutende Auseinandersetzung einige Tage zuvor gegeben. Der Angriff war aber die Basis für eine Resolution des US-Kongresses, die den zehnjährigen Vietnamkrieg auslöste.

Empfehlungen

- Um die Kriegsgefahr zwischen den USA und dem Iran vorerst zu mildern, könnten sich beide Seiten zu einer allgemeinen Erklärung durchringen, in

der sie sich verpflichten, auf Hegemonieansprüche in der Region zu verzichten. Das wäre eine gesichtswahrende Maßnahme, die die Gesprächsdynamik ändern könnte. Dafür gibt es bereits ein historisches Vorbild. Als 1972 US-Präsident Richard Nixon den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas Mao Tse Tung traf, wurde ein derartiges Kommuniqué verabschiedet. Beide Seiten verzichteten darin auf hegemoniale Ansprüche in Ostasien. Mao wollte ohnehin die Unterstützung von kommunistischen Aufständischen reduzieren, und Nixon wollte den Rückzug der USA aus Vietnam vorbereiten. Das Nixon-Mao Treffen wurde zu einem der erfolgreichsten Gipfel der Geschichte. Ähnlich wird für den Iran die Unterstützung der Milizen in der Region eine finanzielle Bürde. Präsident Trump hatte im Wahlkampf ohnehin angekündigt, US-Truppen aus dem Mittleren Osten zurückziehen zu wollen.

- Trotz der Spannungen in der Region könnte der Iran selbst konstruktive Vorschläge machen. Um Befürchtungen der USA und Europas bezüglich des Nuklearprogrammes zu besänftigen, könnte der Iran anbieten, der nuklearwaffenfreien Zone in Zentralasien (Vertrag von Semipalatinsk) beizutreten. Zentralasien ist dem Iran historisch und kulturell viel näher als seine arabischen Nachbarn, waren einige zentralasiatische Länder doch teilweise bis ins 19. Jahrhundert Teil Persiens. Im Gegenzug müssten die USA allerdings das Protokoll des Vertrages ratifizieren, in dem sich Nuklearwaffenmächte verpflichten, Mitgliedstaaten dieser Zone nicht mit Nuklearwaffen anzugreifen oder sie zu bedrohen. Der Iran käme damit in den Genuss

dieser negativen Sicherheitsgarantien. Das wird umso dringlicher, als Trump dem Iran mehrmals mit der völligen Auslöschung gedroht hat. Das wäre wohl nur mit kleinen Nuklearwaffen möglich, wollen die USA nicht in einen jahrelangen konventionellen Abnutzungskrieg verwickelt werden. Unterzeichnet haben die USA den Vertrag von Semipalatinsk, aber nicht ratifiziert.

- Das Raketenprogramm sollte nicht Teil des JCPOA werden. Wenn der Iran befürchtet, dass er nochmals schutzlos von seinen Nachbarn angegriffen werden könnte, könnte er sich aber zu regionalen Rüstungskontrollverhandlungen bereit erklären. Diese würden Anzahl und Reichweite der Raketen der Staaten der Region einbeziehen. Das betrifft auch die Raketen Saudi Arabiens, die bereits eine längere Reichweite haben als diejenigen des Iran.⁷ Davon bliebe das JCPOA unberührt; es müsste nicht mit Zusätzen versehen werden. Nuklearwaffenfreie Zonen und Rüstungskontrolle sind letztlich die besseren Lösungen als Nuklearwaffen und Krieg.
- Der Iran könnte auch den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons – TPNW) unterzeichnen und ratifizieren. Im Juni 2017 stimmten 122 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN), darunter der Iran, für den TPNW. Unter diesen waren keine Nuklearwaffenstaaten oder ihre Verbündeten, also kein NATO-Mitglied. Wenn der Iran, wie er versichert, keine Nuklearwaffen anstrebt, könnte er dem

Vertrag letztlich auch vollständig beitreten.

- Nachdem es dem Iran im JCPOA ohnehin verboten ist, Nuklearwaffen zu testen, könnte er auch den Vertrag über einen umfassenden nuklearen Teststopp (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty - CTBT) ratifizieren.

Schluss

US-Präsident Trump hat mit der völkerrechtswidrigen Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran (JCPOA) 2018 eine Zündschnur zum Krieg gelegt. Über den Iran wurden in Folge beißende Sanktionen verhängt, obwohl dieser das Abkommen einhielt. Der Iran erwartete, dass die Europäer den Verlust dieser Sanktionen kompensieren würden, wozu diese nicht in der Lage sind. Der Iran begann nun, die Beschränkungen im Abkommen schrittweise zu überschreiten, was im Abkommen vorgesehen ist, wenn sich eine andere Partei nicht daran hält. Zwischenfälle im Persischen Golf können als Vorwand für weitere militärische Maßnahmen, die über den stattfindenden Truppenaufmarsch hinausgehen, verwendet werden. Bisher hat Präsident Trump noch kein grünes Licht für einen militärischen Angriff gegeben, obwohl er bereits mit der Auslöschung des Irans gedroht hat. Ein großer Rückstand bei den Umfragen vor den US-Präsidentenwahlen 2020 könnte seine Meinung ändern, wenn er durch einen militärischen Angriff die Nation hinter sich zu vereinen hofft. Die Europäer müssten sich, wollen sie das Abkommen retten, politisch und diplomatisch vorbehaltlos hinter das Abkommen stellen. Die derzeitige Sprachregelung der Europäer, dass dieses „nicht perfekt“ sei, ist konterproduktiv, weil sie Trumps Kritik nur bestätigt und nicht widerlegt. Kein Abkommen ist „perfekt“! Es ist eine Fehlannahme, dass Trump die NATO mehr unterstützen wird,

⁷ Pieter d. Wezeman/Alexandra Kuimova, Military Spending and Arms Imports by Iran, Saudi Arabia, Qatar and The UAE, SIPRI-Fact Sheet, May 2019.

wenn NATO-Staaten das Abkommen kritisieren. Großbritannien mag sich ein besseres Freihandelsabkommen mit den USA versprechen, wenn sie das JCPOA nur mehr halbherzig verteidigen. Für Trump gibt es in diesem Punkt aber keine Zugeständnisse, wie er mehrmals klargestellt hat. Durch den Aufbau des Irans als gemeinsames Feindbild Israels und Saudi Arabiens, soll auch den Palästinensern die arabische Unterstützung entzogen werden. Das ist umso paradoxer als es die arabischen Staaten und nicht der Iran waren, die Israel seit seiner Existenz drei Mal angriffen.

Verschiedene Vorschläge können helfen, die Spannungen abzubauen. Eine gemeinsame Hegemonieverzichtserklärung der USA und des Irans für die Golfregion könnte eine gesichtswahrende Gesprächsdynamik einleiten. Regionale Rüstungskontrollgespräche über schwere konventionelle Waffen, einschließlich der Raketenprogramme, müssten alle regionalen Mächte – und nicht nur den Iran – einbeziehen. Der Beitritt vom Iran zur nuklearwaffenfreien Zone in Zentralasien würde seinen nuklearwaffenfreien Status über das JCPOA hinaus bestätigen. Allerdings müsste er dafür von den USA die Garantie bekommen, dass er nicht nuklear angegriffen oder bedroht wird. Eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen durch den Iran, würde außerdem seine nicht-nuklearen Absichten unterstreichen und darüber hinaus die Nicht-Nuklearwaffenstaaten stärken. Ähnliches gilt für die Ratifizierung des umfassenden nuklearen Teststopps.